

Bundesleitung

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-40
Telefax 030.40 81-4999
post@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin

An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

Berlin, 14.11.2011

GB-2-Te-AB-ds

Durchwahl: -5201

Info-Nr.: 69/2011

Besoldung des Bundes hier: Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergewährung der Sonderzahlung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Deutsche Bundestag hat am 11.11.2011 den von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP am 08.11.2011 eingebrachten Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der restlichen Sonderzahlung dem zuständigen Innenausschuss zur Beratung zugewiesen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der seit 2006 nicht ausgezahlte Teil der Sonderzahlung des Bundes in Höhe von 2,44 % ab dem 01.01.2012 und nicht erst ab dem 01.01.2015 wieder gewährt werden soll.

Die Wiedergewährung erfolgt – so wie es im Dienstrechtsneuordnungsgesetz vorgesehen ist – durch eine entsprechende anteilige Erhöhung der Monatsbeträge der Gehaltstabellen.

Der dbb hatte bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Hinausschieben des ursprünglich im Gesetz vorgesehenen Wiederauflebens der Sonderzahlung zum 01.01.2011 auf den 01.01.2015 als massiven Vertrauensbruch kritisiert.

Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf ist ein deutliches Zeichen der Anerkennung der Leistung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten. Es erfolgt damit eine Wertschätzung der Arbeit der Beamtinnen und Beamten zum Wohle des Gemeinwesens, und es wird die Tatsache anerkannt, dass die Beamten durch die Nichtauszahlung eines Teils ihrer Sonderzahlung jahrelang einen erheblichen Sparbeitrag zugunsten der Haushaltskonsolidierung des Bundes erbracht haben. Das Vorhaben ist damit aus Sicht des dbb geeignet, das verlorene Vertrauen in den Dienstherrn wieder herzustellen, und wird mit dieser Zielrichtung ausdrücklich sehr positiv anerkannt.

Der Innenausschuss des Bundestages wird über den Gesetzentwurf voraussichtlich am 30.11.2011 beraten, so dass die zweite und dritte Lesung noch in der gleichen Woche stattfinden kann.

Die abschließende Befassung durch den Bundesrat könnte durch eine Verkürzung der Frist am 16.12.2011 erfolgen und das Gesetz nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten zum 01.01.2012 in Kraft treten.

Mit kollegialen Grüßen

Frank S t ö h r
Zweiter Vorsitzender

Anlage

Gesetzentwurf

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergewährung der Sonderzahlung

A. Problem und Ziel

Die jährliche Sonderzahlung (das sog. Weihnachtsgeld) für Beamte und Richter des Bundes sowie für Soldaten ist – ausgehend von den kompletten Bezügen für einen Monat (13. Monatsgehalt) – seit 1994 in mehreren Schritten gesenkt worden. In den Jahren 2004 und 2005 belief sich die Sonderzahlung auf fünf Prozent der jährlichen Bezüge. Dies entsprach 60 Prozent der monatlichen Bezüge. Dieser Betrag wurde im Jahre 2006, befristet auf fünf Jahre, um die Hälfte reduziert. Die im Jahre 2010 verlängerte Kürzung soll zum 1. Januar 2012 nach insgesamt sechs Jahren auslaufen, so dass das 2004 geltende Niveau wieder erreicht wird.

B. Lösung

Entsprechend der im Dienstrechtsneuordnungsgesetz vom 5. Februar 2009 erfolgten Umstellung, mit der die früher als Einmalzahlung gewährte Sonderzahlung seit Juli 2009 als Teil der monatlichen Bezüge gezahlt wird, wird zum 1. Januar 2012 der seit 2006 nicht gewährte Anteil der Sonderzahlung in die Gehaltstabellen des Bundesbesoldungsgesetzes eingearbeitet.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Bundeshaushalt wird mit rund 500 Mio. Euro jährlich belastet.

E. Erfüllungsaufwand

Die aufgrund der neu gefassten Besoldungstabellen erforderliche Neuberechnung der monatlichen Bezüge erfolgt weitgehend automatisiert und verursacht daher nur einen geringen Aufwand für die Verwaltung. Für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand; insbesondere entstehen keine Bürokratiekosten aus neuen oder erweiterten Informationspflichten.

F. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen direkten Kosten.

Die vorgesehenen Regelungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, und auf Einzelpreise sind nicht zu erwarten.

Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergewährung der Sonderzahlung

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 2009 (BGBl. I S. 1434), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... [Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, Bundestagsdrucksache 17/7142] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 2 wird aufgehoben.
 - b) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.
2. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
 - b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.
3. In § 33 Absatz 5 werden vor dem Wort „Leistungsbezüge“ die Wörter „Die am 31. Dezember 2011 maßgeblichen“ eingefügt und die Angabe „2,5“ durch die Angabe „2,44“ ersetzt.
4. In § 34 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „sowie für sonstige Bezüge nach § 1 Absatz 3 Nummer 2“ gestrichen.
5. In § 59 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „; jährliche Sonderzahlungen können gewährt werden“ gestrichen.

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.

6. In § 77 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 wird jeweils die Angabe „1. Januar 2015“ durch die Angabe „1. Januar 2012“ ersetzt.
7. § 78 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „0,9756“ durch die Angabe „0,9524“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Es werden aber mindestens die zuletzt geltenden Beträge gezahlt.“
8. § 79 wird wie folgt geändert:
 - a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „1. Januar 2015“ durch die Angabe „1. Januar 2012“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Unter Berücksichtigung dieser Erhöhung gelten die Monatsbeträge der Anlagen IV, V, VI, VIII und IX dieses Gesetzes sowie in den Fällen des § 76 die Monatsbeträge der Anlagen 1 und 2 des Besoldungsüberleitungsgesetzes.“
9. § 83 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden die Wörter „aus Anlass des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes“ gestrichen.
 - b) In Absatz 3 wird die Angabe „1. Januar 2015“ durch die Angabe „1. Januar 2012“ ersetzt und werden die Wörter „durch das Dienstrechtsneuordnungsgesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160)“ gestrichen.
10. In Anlage II (Bundesbesoldungsordnung W) Vorbemerkung Nummer 1 Absatz 3 wird die Angabe „266,50“ durch die Angabe „273,00“ ersetzt.
11. Die Anlagen IV, V, VI, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 1 bis 5 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Änderung des Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 zum Besoldungsüberleitungsgesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 221, 462), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom ... [Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, Bundestagsdrucksache 17/7142] geändert worden ist, erhalten die aus den Anhängen 6 und 7 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 3

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 150), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom ... [Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, Bundestagsdrucksache 17/7142] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „0,9951“ durch die Angabe „0,9901“ ersetzt.
2. Dem § 69g wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2012 eingetreten sind, werden die Bezüge und Bezügebestandteile nach den Absätzen 1 und 2 mit Ausnahme der Bezüge nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2 sowie nach Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 2 um 2,44 vom Hundert erhöht.“

Artikel 4

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung 16. September 2009 (BGBl. I S. 3054), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom ... [Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, Bundestagsdrucksache 17/7142] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 11a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 werden nach den Wörtern „diesen Bezügen“ und nach dem Wort „Monats“ jeweils die Wörter „zuzüglich des nach § 67 Absatz 1 Satz 4 des Bundesbesoldungsgesetzes zu zahlenden Betrages“ gestrichen.
2. In § 17 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „0,9951“ durch die Angabe „0,9901“ ersetzt.
3. Die Überschrift des Zweiten Teils Abschnitt IV Unterabschnitt 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Familienzuschlag und Ausgleichsbetrag“.
4. In § 89a Satz 3 wird die Angabe „0,9951“ durch die Angabe „0,9901“ ersetzt.
5. Dem § 100 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2012 eingetreten sind, werden die Bezüge und Bezügebestandteile nach den Absätzen 1 bis 3 mit Ausnahme der Bezüge nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2 sowie nach Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 2 um 2,44 vom Hundert erhöht.“

Artikel 5

Änderung des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes

Die Artikel 2a, 4a, 5a, 15a sowie Artikel 17 Absatz 10 und 10a des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 462), das durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19. November 2010 (BGBl. I S. 1552; 2011 I S. 223) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Artikel 6

Änderung des Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften¹

In Artikel 14 Absatz 9 des Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes] wird die Angabe „1. Januar 2015“ durch die Angabe „1. Januar 2012“ ersetzt.

Artikel 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Bundessonderzahlungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2005 (BGBl. I S. 464), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 50 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert worden ist, außer Kraft.

Berlin, den 8. November 2011

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion

¹ Entwurf, siehe Bundestagsdrucksache 17/7142.

Anhang 1
(zu Artikel 1 Nummer 11)

Anlage IV
Gültig ab 1. Januar 2012

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1 744,80	1 785,58	1 827,44	1 858,81	1 891,25	1 923,68	1 956,09	1 988,52
A 3	1 814,88	1 857,76	1 900,65	1 935,17	1 969,70	2 004,21	2 038,73	2 073,24
A 4	1 854,65	1 905,88	1 957,14	1 997,94	2 038,73	2 079,53	2 120,32	2 157,99
A 5	1 869,27	1 933,08	1 984,33	2 034,55	2 084,77	2 136,02	2 186,22	2 235,39
A 6	1 911,11	1 985,39	2 060,70	2 118,23	2 177,85	2 235,39	2 299,20	2 354,64
A 7	2 010,49	2 076,39	2 163,23	2 252,13	2 338,95	2 426,82	2 492,72	2 558,61
A 8	2 131,83	2 211,34	2 323,26	2 436,23	2 549,20	2 627,65	2 707,15	2 785,61
A 9	2 307,56	2 386,02	2 509,46	2 634,98	2 758,40	2 842,10	2 926,83	3 009,46
A 10	2 475,97	2 583,72	2 739,58	2 894,39	3 049,21	3 156,97	3 264,69	3 372,45
A 11	2 842,10	3 002,15	3 161,13	3 321,19	3 431,02	3 540,85	3 650,69	3 760,52
A 12	3 047,13	3 236,46	3 426,83	3 616,16	3 747,97	3 877,67	4 008,43	4 141,28
A 13	3 573,27	3 751,10	3 927,89	4 105,71	4 228,10	4 351,54	4 473,91	4 594,21
A 14	3 674,75	3 903,82	4 133,96	4 363,04	4 520,98	4 679,99	4 837,94	4 996,94
A 15	4 491,70	4 698,82	4 856,77	5 014,72	5 172,68	5 329,58	5 486,49	5 642,34
A 16	4 955,09	5 195,69	5 377,70	5 559,71	5 740,68	5 923,75	6 105,74	6 285,67

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 18,60 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,11 Euro.

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
B 1	5 642,34
B 2	6 554,50
B 3	6 940,48
B 4	7 344,25
B 5	7 807,66
B 6	8 248,04
B 7	8 672,72
B 8	9 117,29
B 9	9 668,56
B 10	11 380,93
B 11	11 823,41

3. Bundesbesoldungsordnung W

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)
W 1	3 926,84
W 2	4 478,10
W 3	5 425,82

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	3 573,27	3 917,43	4 262,62	4 568,07	4 872,47	5 177,91	5 481,26	5 788,79
R 2	4 342,11	4 564,93	4 786,69	5 090,04	5 395,48	5 699,88	6 005,32	6 310,78
R 3	6 940,48							
R 4	7 344,25							
R 5	7 807,66							
R 6	8 248,04							
R 7	8 672,72							
R 8	9 117,29							
R 9	9 668,56							
R 10	11 870,49							

Anhang 2
(zu Artikel 1 Nummer 11)

Anlage V

Gültig ab 1. Januar 2012

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	113,96	216,29
übrige Besoldungsgruppen	119,68	222,01

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 102,33 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 318,84 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,37 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 26,84 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 21,47 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 16,10 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 100,85 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 107,07 Euro

Anhang 3
(zu Artikel 1 Nummer 11)

Anlage VI

Gültig ab 1. Januar 2012

Auslandszuschlag (§ 53)

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

Grund- gehalts- spanne von - bis	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
		1 876,11	2 124,11	2 405,92	2 726,08	3 089,90	3 503,24	3 972,90	4 506,53	5 112,85	5 801,78	6 584,55	7 473,92	8 484,47	9 632,68
Zonenstufe															
1	669,11	725,04	785,03	852,14	924,35	1 004,68	1 092,12	1 188,74	1 295,50	1 414,48	1 544,64	1 599,55	1 657,52	1 719,54	1 785,65
2	744,36	804,35	869,43	940,61	1 018,92	1 105,36	1 198,90	1 302,63	1 416,51	1 542,60	1 680,90	1 743,95	1 811,07	1 882,25	1 958,51
3	818,59	883,67	953,83	1 030,10	1 114,50	1 206,03	1 306,70	1 416,51	1 537,53	1 670,73	1 816,16	1 888,35	1 964,61	2 045,97	2 131,38
4	892,82	962,99	1 038,24	1 119,59	1 209,06	1 306,70	1 413,46	1 530,40	1 658,53	1 798,86	1 952,40	2 032,75	2 118,16	2 208,67	2 304,25
5	968,07	1 042,31	1 122,64	1 209,06	1 303,64	1 407,37	1 520,23	1 643,27	1 778,53	1 926,98	2 088,67	2 177,14	2 271,72	2 371,37	2 478,14
6	1 042,31	1 121,63	1 206,03	1 298,56	1 399,23	1 508,04	1 627,01	1 757,17	1 899,53	2 055,11	2 224,93	2 321,54	2 425,27	2 534,07	2 651,01
7	1 117,56	1 200,94	1 290,42	1 388,03	1 493,80	1 608,71	1 734,80	1 871,06	2 020,55	2 183,24	2 361,19	2 466,96	2 578,81	2 697,79	2 823,88
8	1 191,78	1 280,26	1 374,82	1 477,53	1 588,37	1 709,38	1 841,58	1 984,95	2 140,53	2 311,37	2 497,46	2 611,34	2 732,36	2 860,48	2 996,74
9	1 267,03	1 359,58	1 459,22	1 567,01	1 683,96	1 811,07	1 948,34	2 098,84	2 261,54	2 439,50	2 633,72	2 755,75	2 885,90	3 023,19	3 169,62
10	1 341,26	1 438,89	1 543,63	1 656,50	1 778,53	1 911,74	2 055,11	2 211,72	2 382,54	2 567,63	2 768,97	2 900,14	3 038,43	3 185,89	3 342,49
11	1 415,50	1 518,20	1 627,01	1 745,98	1 874,11	2 012,41	2 162,91	2 325,61	2 502,55	2 695,75	2 905,24	3 044,54	3 191,98	3 349,60	3 516,38
12	1 490,74	1 597,51	1 711,42	1 835,47	1 968,68	2 113,08	2 269,68	2 439,50	2 623,55	2 823,88	3 041,48	3 188,95	3 345,53	3 512,31	3 689,24
13	1 564,98	1 676,83	1 795,81	1 923,94	2 063,25	2 213,75	2 376,46	2 553,39	2 744,56	2 952,01	3 177,75	3 333,34	3 499,09	3 675,00	3 862,12
14	1 640,23	1 756,15	1 880,21	2 013,43	2 158,84	2 314,42	2 483,22	2 666,26	2 864,55	3 080,13	3 314,01	3 477,73	3 652,64	3 837,71	4 034,98
15	1 714,46	1 835,47	1 963,60	2 102,90	2 253,41	2 415,09	2 591,01	2 780,16	2 985,57	3 208,26	3 450,27	3 623,14	3 806,18	4 001,43	4 207,84
16	1 788,69	1 914,79	2 047,99	2 192,40	2 347,98	2 516,78	2 697,79	2 894,04	3 106,57	3 336,39	3 585,52	3 767,54	3 959,73	4 164,12	4 380,73
17	1 863,94	1 994,10	2 132,40	2 281,87	2 443,57	2 617,45	2 804,56	3 007,93	3 227,58	3 464,51	3 721,79	3 911,94	4 113,28	4 326,83	4 554,61
18	1 938,18	2 072,40	2 216,80	2 371,37	2 538,14	2 718,12	2 912,34	3 121,82	3 347,56	3 592,64	3 858,05	4 056,33	4 266,83	4 490,54	4 727,48
19	2 013,43	2 151,71	2 301,20	2 460,85	2 632,70	2 818,79	3 019,12	3 234,70	3 468,58	3 720,77	3 994,31	4 200,74	4 420,38	4 653,25	4 900,34
20	2 087,66	2 231,03	2 384,58	2 550,34	2 728,29	2 919,46	3 125,89	3 348,59	3 589,59	3 848,90	4 130,57	4 345,13	4 573,93	4 815,95	5 073,22

VI.2

Zonen- stufe	Monats- beträge in Euro
1	129,15
2	142,36
3	155,58
4	168,79
5	183,04
6	196,26
7	209,48
8	222,69
9	235,91
10	249,14
11	262,36
12	275,57
13	288,80
14	302,01
15	315,23
16	328,46
17	341,68
18	354,89
19	369,12
20	382,35

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.

Anhang 4
(zu Artikel 1 Nummer 11)

Anlage VIII
Gültig ab 1. Januar 2012

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	830,56
A 5 bis A 8	953,99
A 9 bis A 11	1 008,38
A 12	1 151,69
A 13 oder R 1	1 219,68

Anhang 5
(zu Artikel 1 Nummer 11)

Anlage IX
Gültig ab 1. Januar 2012

Amtszulagen, Stellszulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 4	
§ 44	bis zu 107,38	Buchstabe a	
		Doppelbuchstabe aa	271,47
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Doppelbuchstabe bb	
Vorbemerkungen		Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	210,00
Nummer 2 Absatz 2	134,22	Buchstabe b	
Nummer 4	53,69	Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9, Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	169,03
Nummer 4a	80,53	Nummern 5 und 6	
Nummer 5		Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	107,56
Die Zulage beträgt für		Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	169,03
Mannschaften,		Beamte des höheren Dienstes und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13	235,61
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	37,57	Nummer 6	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	53,69	Absatz 1 Satz 1	
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	80,53	Buchstabe a	483,17
		Buchstabe b	386,54
Nummer 5a		Buchstabe c	338,05
Absatz 1		Buchstabe d	309,23
Nummer 1		Absatz 1 Satz 2	614,64
Buchstabe a		Nummer 6 a	107,38
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	245,86	Nummer 7	
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	271,47	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
Buchstabe b		Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	210,00	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	235,61		Gehältern, des
Buchstabe c			Grundgehalts der
Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13 und Offiziere des Truppendienstes ab Besoldungsgruppe A 13	271,47		Besoldungsgruppe *)
Nummern 2 und 3		A 2 bis A 5	A 5
Beamte des mittleren Dienstes und Unteroffiziere der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	169,03	A 6 bis A 9	A 9
Beamte des gehobenen Dienstes und Offiziere der Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 sowie Offiziere des militärfachlichen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13	189,51	A 10 bis A 13	A 13
		A 14, A 15, B 1	A 15
		A 16, B 2 bis B 4	B 3
		B 5 bis B 7	B 6
		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 309 f).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil
Nummer 8		Nummer 13a	bis zu 80,53
Die Zulage beträgt		Nummer 13c	
für Beamte der Besoldungsgruppen		Die Zulage beträgt	
A 2 bis A 5	120,80	für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 6 bis A 9	161,06	A 2 bis A 7	46,02
A 10 und höher	201,32	A 8 bis A 11	61,36
Nummer 8a		A 12 bis A 15	71,58
Die Zulage beträgt		A 16 und höher	92,03
für Beamte der Besoldungsgruppen		Nummer 13d	
A 2 bis A 5	73,56	Die Zulage beträgt	
A 6 bis A 9	100,31	für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 10 bis A 13	123,72	A 2 und A 3	12,78
A 14 und höher	147,11	A 4 bis A 6	17,90
für Anwärter der Laufbahngruppe		A 7 bis A 10	35,79
des mittleren Dienstes	53,50	A 11	40,90
des gehobenen Dienstes	70,21	A 12 bis A 15	48,57
des höheren Dienstes	86,94	A 16 bis B 4	58,80
Nummer 8b		B 5 bis B 7	71,58
Die Zulage beträgt		Nummer 19 Satz 1	240,42
für Beamte der Besoldungsgruppen		Nummer 21	201,67
A 2 bis A 5	96,63	Nummer 25	40,27
A 6 bis A 9	128,85	Nummer 26 Absatz 1	
A 10 bis A 13	161,06	Die Zulage beträgt für Beamte	
A 14 und höher	193,27	des mittleren Dienstes	17,91
Nummer 9		des gehobenen Dienstes	40,27
Die Zulage beträgt		Nummer 30	24,17
nach einer Dienstzeit		Besoldungsgruppen	Fußnote
von einem Jahr	66,87	A 2	1 34,76
von zwei Jahren	133,75		2 18,61
Nummer 9a			3 64,13
Absatz 1		A 3	1, 5 64,13
Buchstabe a	107,38		2 34,76
Buchstabe b	214,74		7 32,38
Buchstabe c	161,06	A 4	1, 4 64,13
Absatz 2			2 34,76
Buchstabe a	42,94		5 6,98
Buchstabe b	53,69	A 5	3 34,76
Nummer 10 Absatz 1			4, 6 64,13
Die Zulage beträgt		A 6	6 34,76
nach einer Dienstzeit			
von einem Jahr	66,87		
von zwei Jahren	133,75		
Nummer 11	614,64		
Nummer 12	100,31		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 7	2	43,18
	5	50 v. H. des jew eiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2	55,62
A 9	2, 3, 6	258,81
	7	8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8	150,33
A 13	6	120,22
	7	180,34
	11, 12, 13	263,04
A 14	5	180,34
A 15	7	180,34
B 10	1	416,73

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundertsatz, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	R 1	R 1
	R 2 bis R 4	R 3
	R 5 bis R 7	R 6
	R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	R 1	A 15
	R 2 bis R 4	B 3
	R 5 bis R 7	B 6
	R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	40,27	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	199,38
R 2	3 bis 8, 10	199,38
R 3	3	199,38
R 8	2	398,68

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 1
Gültig ab 1. Januar 2012

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)														
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 2	1 744,80		1 785,58		1 827,44		1 858,81	1 866,14	1 891,25	1 906,94	1 923,68	1 946,68	1 956,09		1 988,52
A 3	1 814,88		1 857,76		1 900,65		1 935,17	1 943,54	1 969,70	1 986,43	2 004,21	2 030,37	2 038,73		2 073,24
A 4	1 854,65		1 905,88		1 957,14		1 997,94	2 006,32	2 038,73	2 057,56	2 079,53	2 107,77	2 120,32		2 157,99
A 5	1 869,27		1 933,08		1 984,33		2 034,55	2 051,29	2 084,77	2 113,01	2 136,02	2 173,68	2 186,22		2 235,39
A 6	1 911,11	1 966,56	1 985,39	2 022,00	2 060,70	2 077,44	2 118,23	2 132,88	2 177,85	2 188,31	2 235,39	2 243,75	2 299,20		2 354,64
A 7	2 010,49	2 061,75	2 076,39	2 130,78	2 163,23	2 199,83	2 252,13	2 268,86	2 338,95	2 409,03	2 426,82	2 459,25	2 492,72	2 508,41	2 558,61
A 8	2 131,83	2 190,41	2 211,34	2 280,38	2 323,26	2 369,28	2 436,23	2 459,25	2 549,20	2 607,78	2 627,65	2 667,40	2 707,15	2 727,02	2 785,61
A 9	2 307,56	2 367,19	2 386,02	2 462,38	2 509,46	2 557,58	2 634,98	2 652,77	2 758,40	2 813,85	2 842,10	2 878,71	2 926,83	2 944,61	3 009,46
A 10	2 475,97	2 558,61	2 583,72	2 681,01	2 739,58	2 802,35	2 894,39	2 924,73	3 049,21	3 127,67	3 156,97	3 210,30	3 264,69	3 291,89	3 372,45
A 11	2 842,10	2 967,62	3 002,15	3 092,10	3 161,13	3 218,66	3 321,19	3 343,15	3 431,02	3 509,47	3 540,85	3 594,19	3 650,69	3 677,88	3 760,52
A 12	3 047,13	3 195,66	3 236,46	3 345,25	3 426,83	3 494,82	3 616,16	3 644,41	3 747,97	3 842,11	3 877,67	3 942,54	4 008,43	4 041,90	4 141,28
A 13	3 573,27	3 734,37	3 751,10	3 895,46	3 927,89	4 056,55	4 105,71	4 163,25	4 228,10	4 270,99	4 351,54	4 378,73	4 473,91	4 486,47	4 594,21
A 14	3 674,75	3 882,91	3 903,82	4 091,07	4 133,96	4 300,28	4 363,04	4 440,46	4 520,98	4 578,53	4 679,99	4 718,69	4 837,94	4 857,82	4 996,94
A 15	4 491,70	4 493,80	4 698,82	4 723,92	4 856,77	4 906,98	5 014,72	5 090,04	5 172,68	5 274,14	5 329,58	5 459,29	5 486,49	5 490,67	5 642,34
A 16	4 955,09	4 957,19	5 195,69	5 222,89	5 377,70	5 435,23	5 559,71	5 647,58	5 740,68	5 860,97	5 923,75	6 073,31	6 105,74	6 110,97	6 285,67

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 5, A 6, A 9 und A 10

Das Grundgehalt erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 für Beamte des mittleren Dienstes sowie für Unteroffiziere um 18,60 Euro; es erhöht sich in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 für Beamte des gehobenen Dienstes sowie für Offiziere um 8,11 Euro.

Anlage 2
Gültig ab 1. Januar 2012

Überleitungstabelle für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)														
	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R 1	3 573,27	3 819,10	3 917,43	4 037,72	4 262,62	4 474,98	4 568,07	4 694,64	4 872,47	4 913,26	5 177,91	5 350,50	5 481,26	5 570,16	5 788,79
R 2	4 342,11		4 564,93		4 786,69	4 999,04	5 090,04	5 218,70	5 395,48	5 437,33	5 699,88	5 874,57	6 005,32	6 093,19	6 310,78

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Problem und Ziel

Die jährliche Sonderzahlung (das sog. Weihnachtsgeld) der Beamten, Soldaten und Richter sowie Versorgungsempfänger ist – ausgehend von den kompletten Bezügen für einen Monat (13. Monatsgehalt) – seit 1994 in mehreren Schritten gesenkt worden, bis 2003 auf rund 84 Prozent der monatlichen Bezüge.

Für die Besoldungsempfänger des Bundes hat das Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3076) die jährliche Sonderzahlung auf 5 Prozent der Jahresbezüge (60 Prozent der monatlichen Bezüge) festgelegt. Für Versorgungsempfänger betrug die jährliche Sonderzahlung seitdem 4,17 Prozent der Jahresbezüge (50 Prozent der monatlichen Bezüge).

Das Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29. Juni 2006 (BGBl. I S. 1402) bestimmte, dass die Hälfte der Jahressonderzahlung (2,5 Prozent der Jahresbezüge für Aktive, 2,085 Prozent für Versorgungsempfänger) für fünf Jahre nicht zur Auszahlung kommen sollte.

Aufgrund des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) wurde die jährliche Sonderzahlung in die Besoldungstabellen eingearbeitet und damit Bestandteil der monatlichen Bezüge. Dies betraf 2009 die zu diesem Zeitpunkt tatsächlich gewährte Sonderzahlung in Höhe von 2,5 Prozent (Versorgungsempfänger 2,085 Prozent) der Jahresbezüge. Daneben bestimmte das Dienstrechtsneuordnungsgesetz, dass auch die 2011 wieder auflebenden Teile der Sonderzahlung in die Besoldungstabellen eingearbeitet werden sollten.

Mit dem Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2010/2011 vom 19. November 2010 (BGBl. I S. 1552; 2011 I S. 223) wurde das Wiederaufleben der nicht ausgezahlten zweiten Hälfte der Sonderzahlung einschließlich ihres Einbaus in die Gehaltstabellen um vier Jahre verschoben. Der sich dadurch ergebende Kürzungszeitraum von neun Jahren wird durch dieses Gesetz auf sechs Jahre reduziert. Dazu werden im Einzelnen folgende Maßnahmen getroffen:

- Der seit 2006 nicht ausgezahlte Teil der Sonderzahlung wird ab 1. Januar 2012 wieder gewährt.

- Diese Sonderzahlung wird – so wie es im Dienstrechtsneuordnungsgesetz bereits vorgesehen war – anteilig in die Monatsbeträge der Gehaltstabellen eingearbeitet.
- Im Hinblick auf den durch das Dienstrechtsneuordnungsgesetz bereits durchgeführten ersten Einbauschritt in die Gehaltstabellen in Höhe von 2,5 Prozent und den daraus resultierenden Basiseffekt für den jetzigen zweiten Einbauschritt erfolgt eine Erhöhung der Tabellenwerte um 2,44 Prozent.
- Das Bundessonderzahlungsgesetz wird außer Kraft gesetzt.

II. Alternativen

Keine.

III. Gesetzesfolgen

1. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Bundeshaushalt wird mit rund 500 Millionen Euro jährlich belastet.

2. Erfüllungsaufwand

Die aufgrund der neu gefassten Besoldungstabellen erforderliche Neuberechnung der monatlichen Bezüge erfolgt weitgehend automatisiert und verursacht daher nur einen geringen Aufwand für die Verwaltung. Für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand; insbesondere entstehen keine Bürokratiekosten aus neuen oder erweiterten Informationspflichten.

3. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen direkten Kosten.

Die vorgesehenen Regelungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, und auf Einzelpreise sind nicht zu erwarten.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 73 Absatz 1 Nummer 8 GG für die Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen sowie nach Artikel 73 Absatz 1 Nummer 1 GG für die Regelung der Dienstverhältnisse in den Streitkräften.

V. Gleichstellungspolitische Relevanzprüfung

Der Entwurf hat keine gleichstellungspolitischen Auswirkungen.

VI. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf sieht keine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vor.

VII. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union

Der Entwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

VIII. Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

Der Entwurf berücksichtigt die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung.

IX. Evaluation

Eine Evaluation ist nicht erforderlich.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 1 Absatz 3)

Zu Buchstabe a (§ 1 Absatz 3 Nummer 2 – alt)

Folgeänderung zu Artikel 7 Satz 2 (Aufhebung des Bundessonderzahlungsgesetzes).

Zu Buchstabe b (§ 1 Absatz 3 Nummer 3 – alt)

Folgeänderung zu Buchstabe a (Aufhebung der bisherigen Nummer 2).

Zu Nummer 2 (§ 14)

Zu Buchstabe a (§ 14 Absatz 1)

Folgeänderung zu Buchstabe b (Aufhebung der Absätze 2 und 3).

Zu Buchstabe b (§ 14 Absatz 2 und 3 – alt)

Folgeänderung zur Änderung in Nummer 11.

Zu Nummer 3 (§ 33 Absatz 5)

Siehe Begründung zu Nummer 8.

Zu Nummer 4 (§ 34 Absatz 3 Satz 1)

Folgeänderung zu Artikel 7 Satz 2 (Aufhebung des Bundessonderzahlungsgesetzes).

Zu Nummer 5 (§ 59 Absatz 2 Satz 2)

Folgeänderung zu Artikel 7 Satz 2 (Aufhebung des Bundessonderzahlungsgesetzes).

Zu Nummer 6 (§ 77 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2)

Siehe Begründung zu Nummer 8.

Zu Nummer 7 (§ 78 Absatz 1)

Zu Buchstabe a (§ 78 Absatz 1 Satz 1)

Für die bei den Postnachfolgeunternehmen beschäftigten Beamten ist der Anspruch auf eine Sonderzahlung nach dem Ersten Gesetz zur Änderung des Postpersonalrechtsgesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774) entfallen. An die Stelle der jährlichen Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz sind unternehmensspezifische Leistungen nach gesonderten Rechtsverordnungen getreten. Im Hinblick auf den Einbau des zweiten Teils der jährlichen Sonderzahlung ist daher der Faktor zu verringern, mit dem die erhöhten Beträge des Grundgehalts, des Familienzuschlags und der Amts- und Stellenzulagen zu multiplizieren sind. Die Rechtsstellung der bei den Postnachfolgeunternehmen beschäftigten Beamten bleibt damit gewahrt.

Zu Buchstabe b (§ 78 Absatz 1 Satz 3 – neu)

Folgeänderung zu Buchstabe a. Durch den neu angefügten Satz 3 wird vermieden, dass es auf Grund des neuen Faktors runderungsbedingt zu Bezügeverringeringen kommt.

Zu Nummer 8 (§ 79)

Zu Buchstabe a (§ 79 Satz 1)

Der am 1. Januar 2012 wiederauflebende zweite Teil der jährlichen Sonderzahlung wird nicht als jährliche Einmalzahlung, sondern – entsprechend dem bereits erfolgten Einbau des ersten Teils der jährlichen Sonderzahlung von 2,5 Prozent durch das Dienstrechtsneuordnungsgesetz – als Bestandteil der monatlichen Bezüge gezahlt. Die in den Nummern 1 bis 5 genannten Bezügebestandteile werden jeweils um 2,44 Prozent erhöht. Dieser Prozentsatz berücksichtigt, dass sich die Bezügebeträge durch den ersten Einbauschnitt bereits erhöht haben und sich der zweite Einbauschnitt nicht auf den bereits eingebauten Anteil in Höhe von 2,5 Prozent erstrecken darf.

Zu Buchstabe b (§ 79 Satz 2 – neu)

Folgeänderung zu Nummer 11.

Zu Nummer 9 (§ 83)

Zu Buchstabe a (§ 83 Überschrift)

Redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe b (§ 83 Absatz 3)

Siehe Begründung zu Nummer 8.

Zu Nummer 10 (Anlage II [Bundesbesoldungsordnung W] Vorbemerkung Nummer 1 Absatz 3)

Siehe Begründung zu Nummer 8.

Zu Nummer 11 (Anlagen IV, V, VI, VIII und IX)

Die Anlagen IV, V, VI, VIII und IX enthalten die ab 1. Januar 2012 zu zahlenden Beträge.

Zu Artikel 2 (Änderung des Besoldungsüberleitungsgesetzes)

Siehe Begründung zu Artikel 1 Nummer 8.

Zu Artikel 3 (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 5 Absatz 1 Satz 1)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung in Artikel 1 Nummer 8. Dabei trägt die Änderung des sog. Einbaufaktors der Systematik des Bundessonderzahlungsgesetzes Rechnung, wonach die Sonderzahlung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gegenüber der Sonderzahlung für aktive Beamtinnen und Beamte einerseits geringer und andererseits nicht dynamisch ausgestaltet wurde.

Zu Nummer 2 (§ 69g Absatz 3)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung in Artikel 1 und 2. Die Vorschrift überträgt die ab dem 1. Januar 2012 geltende Wiedergewährung der Sonderzahlung durch abschließenden Einbau des ausgesetzten Sonderzahlungsrestes auf den von versorgungsrechtlichen Überleitungsregelungen zur Besoldungsneuordnung nach dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz betroffenen Personenkreis der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsfall vor dem 1. Januar 2012 eingetreten ist.

Zu Artikel 4 (Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 11a Absatz 1 Satz 2 Nummer 1)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 2 (§ 17 Absatz 1 Satz 1)

Folgeänderung zu den Änderungen in Artikel 1 Nummer 8 und Artikel 3 Nummer 1.

Zu Nummer 3 (Überschrift des Zweiten Teils Abschnitt IV Unterabschnitt 3)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 4 (§ 89a Satz 3)

Folgeänderung zu den Änderungen in Artikel 1 Nummer 8 und Artikel 3 Nummer 1.

Zu Nummer 5 (§ 100 Absatz 4 – neu)

Folgeänderung zur Änderung in Artikel 3 Nummer 2.

Zu Artikel 5 (Änderung des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes)

Die Regelungen sind entweder bereits vollständig vollzogen worden oder sie sind aufgehoben oder in modifizierter Form in dieses Gesetz übernommen worden und können daher aufgehoben werden.

Zu Artikel 6 (Änderung des Gesetzes zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften)

Aufgrund des nun vorgezogenen Wiederauflebens des zweiten Teils der jährlichen Sonderzahlung ist eine Änderung des Inkrafttretens notwendig.

elektronische Vorab-Fassung*

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.